

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 16

Artikel: England und die Welt
Autor: Kautsky, B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gegengesetzt wurde, drängten sich diese Zeilen auf. Kennzeichnend ist es, daß die Richtung, die einen neuen Bekenntniszwang anstrebte, so starr auf die kirchliche Bewegung *Deutschlands* blickte. Die deutsche Katastrophe aber sollte doch zur Besinnung führen, hat sie doch, wie Niemöllers Rede in Treysa (28. August 1945) zeigt (vgl. Karl Barth, *Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches*, 1945), selbst bei Niemöller allerhand über den Haufen geworfen!

England und die Welt

Von Dr. B. K a u t s k y

1. Die Dreiteilung der Erde

Nach dem Sieg der Labour Party zerfällt die Erde in drei Macht-sphären. Sowjetrußland beherrscht das große Kontinentalgebiet von Wladiwostok bis Magdeburg, die Vereinigten Staaten den amerikanischen Kontinent, den mittleren Pazifik, Japan und China und England übt auf den Rest der Welt einen mehr oder minder großen Einfluß aus. Der außenpolitischen Abgrenzung entspricht die innen- und wirtschaftspolitische Gestaltung. Sowjetrußland ist das Gebiet einer diktatorisch regierten und planmäßig gelenkten Staatswirtschaft, die Vereinigten Staaten repräsentieren das System des Monopolkapitalismus mit einem mehr oder minder demokratischen Regierungssystem und Großbritannien bietet das Bild einer Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus. Natürlich wäre es falsch, alle zu diesen drei Macht-sphären gehörenden Gebiete über einen Kamm scheren zu wollen. Weder fehlt es hinter dem «eisernen Vorhang» der russischen Demarkationslinien an Opposition gegen die Diktatur und an Versuchen, eine bodenständige Demokratie aufzubauen, wie es das Beispiel der ungarischen Wahlen beweist, noch könnte man die ganze amerikanische Sphäre einfach zum parlamentarisch regierten Kapitalismus zählen — dagegen spricht das faschistische Argentinien einerseits, der kommunistische Teil Chinas andererseits — noch bietet gar der buntscheckige Rest der Welt, den man heute als britische Einflußzone bezeichnet, ein auch nur einigermaßen einheitliches Bild.

Vor den englischen Wahlen war die Situation wesentlich einfacher. Die öffentliche Meinung, die einfache Schlagworte liebt, fand sich mit der Formel ab: England und Amerika vertreten den Kapitalismus, Rußland den Sozialismus — so wie Hitler der Welt fünfzehn Jahre früher durchaus nicht ohne Erfolg einredete, es gebe nur die Wahl zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, und wie dann später die Erde zwischen faschistischen und demokratischen Staaten geteilt wurde. So wenig diese schematischen Abgrenzungen genügen — eines ist richtig: eine Regierung Churchill konnte sich mit den USA leichter verständigen als eine Regierung Attlee; der Tod Roosevelts erweiterte diese Kluft noch dadurch, daß mit dem Machtantritt Trumans die kapitalistisch-konservative Richtung in den Vereinigten Staaten verschärft wurde.

Jetzt wurde das Kräftespiel wesentlich komplizierter. England steht inmitten der zwei andern Staaten; das sozialistische Endziel verbindet es mit Rußland, die demokratische Methode mit Amerika. Aber sind das die einzigen verbindenden und trennenden Gesichtspunkte? Rußland hat unter dem Krieg entsetzlich gelitten; sein ökonomischer Wiederaufbau beansprucht auf Jahre hinaus ungeheure Mittel. Hier liegt für Amerika eine große Chance, seine gewaltige Produktionskapazität geraume Zeit mit regelmäßigen Lieferungen ausfüllen zu können, und die russische Politik hat sich in mehr als einer Situation als durchaus vorurteilsfrei gegenüber andern Systemen erweisen, wenn ihr die Vorteile groß genug erschienen. Andererseits muß die englische Form des Sozialismus den amerikanischen Kapitalisten eigentlich als die gefährlichere erscheinen, denn der Bolschewismus ist dem amerikanischen Arbeiter und Farmer zu fremd, um ihn stark zu beeinflussen, während für die englische Methode viel mehr Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte gegeben sind.

Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß auf solche oder ähnliche Gedankengänge die Schwierigkeiten zurückzuführen sind, die Amerika der Labourregierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bereitet. Die plötzliche Aufhebung des Pacht- und Leihgesetzes, die schleppende Führung der Wirtschaftsverhandlungen, die Einmischung in die Palästinafrage, der Versuch, das Geheimnis der Atombombe zu monopolisieren, das Auseinanderklaffen in der Politik Deutschland gegenüber sind Beispiele genug dafür; andererseits haben die zwischen Amerika und Rußland angebahnten Verhandlungen über Ostasien der Vermutung über eine direkte Verständigung beider Staaten Raum gegeben.

Aber die letzten Ereignisse zeigen doch, daß vorläufig noch die Gegensätze zur russischen Politik stärker sind als die zwischen England und den USA. Diese Tatsache ist zunächst einmal auf die Haltung Rußlands selbst zurückzuführen. Rußland hat in diesem Krieg die weitaus schwersten Opfer an Menschenleben gebracht und die größten Zerstörungen an Fabriken und Verkehrsmitteln über sich ergehen lassen müssen. Es verfügt weder über die gigantischen Transportmittel der USA, die ihre Ostasienarmee vom Mutterland her versorgen können, noch über den dezentralisierten Apparat Großbritanniens, der diesem Land ein weltweites Netz von Verbindungslinien ebenso nach Deutschland und Italien wie nach Malaya und Indonesien ermöglicht. Rußland kann daher seine Truppen nicht so rasch wie die andern Länder verschieben, es muß sie an den Orten halten, wo sie gegebenenfalls gebraucht werden, und zwar in einer solchen Stärke, daß sie sofort jeder Beanspruchung gewachsen sind. Das erklärt die Größe der Besatzungsarmeen sowie die Tatsache, daß diese Armeen vom Lande leben — im Gegensatz zu den kleineren Besatzungskräften der Angloamerikaner, die infolge der besseren Nachschubmöglichkeiten die besetzten Gebiete nicht belasten. Die Spannungen, die sich in den von Rußland besetzten Gebieten auf diese Weise ergeben, verursachen wiederum die Verstärkung der Garnisonen. Aber der Hauptgrund ist doch das *russische Mißtrauen* gegen die übrige Welt. Der Verlauf des deutsch-russischen Krieges hat gezeigt, daß das wichtigste Industriegebiet, die Ukraine sowie Moskau und Leningrad, für einen mächtigen Feind verhältnismäßig leicht erreich-

bar sind. Der Ausbau des Urals und Sibiriens macht die Industrien des europäischen Rußlands nicht überflüssig, da die Transportbelastung eine Verteuerung für die dort erzeugten Waren bedeutet, die bei der Armut der Bevölkerung schwer ins Gewicht fällt. Daher trachtet Rußland danach, den Gürtel von Pufferstaaten an seiner Westgrenze möglichst weit vorzuschieben, und ehe es mit der Organisation dieses Gürtels nicht fertig ist, empfindet es jeden Eingriff auf diesen Gebieten als Bedrohung seiner Sicherheit. Das Schwergewicht dieser Politik liegt anscheinend in Europa und im Nahen Osten (Türkei, Iran), während die auf der Fünf-Mächte-Konferenz angemeldeten Ansprüche auf Afrika und der Streit mit den Vereinigten Staaten um die Kontrollkommission in Japan wohl mehr taktische Schachzüge gegen die andern Mächte sind, um ihnen zu beweisen, daß man nicht selbst Sicherheitszonen und Blockbildungen in Anspruch nehmen und sie gleichzeitig Rußland zum Vorwurf machen kann.

Infolge dieser Gestaltung der Dinge sind die britisch-russischen Gegensätze zurzeit die größten, obwohl sich der Streit um die Atombombe eigentlich zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten abspielt. Es wäre aber falsch, in ihm den einzigen, ja, auch nur den ausschlaggebenden Gegenstand der weltpolitischen Diskussion der «Großen Drei» zu sehen; denn mit einem Krieg rechnet in absehbarer Zeit wohl kein verantwortlicher Staatsmann, vielleicht gerade deswegen nicht, weil sich — im Gegensatz zu 1918 — niemand Illusionen über einen «Ewigen Frieden» macht und die Gegensätze nicht verschleiert, sondern offen ausgesprochen werden.

Großbritannien befindet sich gegenüber der sehr robusten diplomatischen Offensive Rußlands gegenüber in einer sehr heiklen Situation. Infolge seiner Verflechtung in die Weltwirtschaft und -politik, die weiter geht als bei den beiden andern Weltmächten, macht sich jede Veränderung irgendwo in der Welt auf das stärkste im Mutterland fühlbar. Das relative Gewicht Rußlands und Amerikas in den von ihnen beeinflussten Sektoren ist unvergleichlich größer als das des englischen Mutterlands, neben dem die Dominien eine immer stärkere Rücksichten erfordernde selbständige Politik treiben, das aber auch in seinem eigentlichen Kolonialreich mit immer wachsenden Autonomiebestrebungen zu rechnen hat, ganz zu schweigen von dem Verhältnis zu den europäischen Staaten, die Anlehnung an England suchen und die doch von ihrer Selbständigkeit nichts abgeben wollen.

Gerade in der Elastizität, die die Führung in einem so bunt zusammengesetzten Konglomerat von Staatsgebilden erfordert, liegt eine ungeheure Chance des demokratischen Sozialismus. Nur ihm wird es möglich sein, unter Verzicht auf die machtpolitische Ausnützung einer Vorrangstellung eine wirtschaftspolitische Einheit zu schaffen, während eine konservativ-kapitalistische Regierung niemals das notwendige Vertrauen der Geführten erringen könnte. So groß aber auch die Zukunftsaussichten sind, die drängenden Aufgaben der Gegenwart erfordern Übergangslösungen. England hat unter dem Krieg weit mehr gelitten als die Vereinigten Staaten; es kann sich anderseits nicht von der Außenwelt abkapseln wie Sowjetrußland.

Das Interesse, die Weltpolitik aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie auf der Fünfmächtekonferenz geraten war, ist also bei Großbritannien am größten. Da eine Konferenz zu dreien augenblicklich keine Aussicht auf Erfolg bot, noch weniger eine allgemeine Friedenskonferenz, so sehr eine solche zu begrüßen wäre, um die völlig verstummten Stimmen der kleinen Völker wieder zu Gehör zu bringen, blieb nur der Weg einer Verständigung zu zweit übrig, und dieser führte nach Amerika.

2. Englisch-amerikanische Verhandlungen

Im Vordergrund des allgemeinen Interesses standen die Besprechungen Attlees, Mackenzie Kings und Trumans über die

Atombombe.

Die hier erzielte Einigung, deren Einzelheiten ausführlich genug besprochen wurden, so daß sich ihre Darlegung an dieser Stelle erübrigt, macht den Eindruck, als ob Attlee in manchen Punkten der größeren Zurückhaltung Trumans nachgegeben habe. Es muß heute leider als zweifelhaft, wenn auch durchaus nicht als hoffnungslos, angesehen werden, daß Rußland dem Appell zur gegenseitigen Bekanntgabe der Geheimwaffen entsprechen wird. Die Angelegenheit ist in einen fehlerhaften Kreislauf hineingeraten: die Geheimnisse haben das Mißtrauen erzeugt und das Mißtrauen erfordert die Aufrechterhaltung der Geheimnisse. Es wird wohl eines stärkeren Anstoßes von außen bedürfen, um diesen Zauberkreis zu sprengen, aber noch ist nicht recht zu sehen, von wo er kommen sollte. Die Besonderheit des Problems liegt darin, daß es vorwiegend *psychologischer* Natur ist: wenn es gelingt, das russische Mißtrauen zu zerstreuen, wäre ein entscheidender Schritt auf diesem Weg getan.

Dazu gehörte in erster Linie die Bereinigung des Problems

Deutschland.

Wenn auch anscheinend in Washington nichts Abschließendes über diese Frage gesprochen wurde, so steht das Problem immer noch im Vordergrund der europäischen Politik. Gelänge es, hier eine Übereinstimmung zu erzielen, so wären alle andern europäischen Fragen — der Friedensschluß mit Italien, die Verwaltung Österreichs, die Balkanprobleme — wesentlich vereinfacht. Über die Deutschlandfrage besteht zwischen allen vier Besetzungsmächten keinerlei Übereinstimmung. Auf der in Paris tagenden Reparationskonferenz wird hauptsächlich die Frage der abzumontierenden Fabriken besprochen. Hier sind zwei Probleme zu unterscheiden. Während bei der ausgesprochenen Rüstungsindustrie die Frage des Abtransports nicht zu erörtern ist, sondern nur die der Verteilung, ist die Entscheidung, wie weit die restliche Industrie zerstört werden soll, eine grundsätzliche, die gleichzeitig die ganze Zukunft Deutschlands enthält.

In England hat sich über die Frage, ob sich Großbritannien an den anfallenden Maschinen seinen Anteil sichern solle, eine Debatte erhoben, die namentlich deshalb von Bedeutung ist, weil die Stahlindustrie in ihrem großen Investitionsprogramm gerade die zur Verhüttung niedrig-

prozentiger Erze geeigneten deutschen Anlagen sehr gut verwenden könnte; sie hat sich für ihren Anspruch die Gefolgschaft der Gewerkschaft gesichert. Demgegenüber hebt der «Economist» mit Recht hervor, daß es nicht angeht, für eine Zukunftsaufgabe Reparationsleistungen in Anspruch zu nehmen, solange die von den Deutschen angerichteten Zerstörungen, vor allem in Rußland, aber auch in Polen, Frankreich und andern Ländern nicht so weit wie möglich mit deutschem Material behoben sind. England schwächt auch seine grundsätzliche Position durch diese Haltung, denn im allgemeinen vertritt es den Standpunkt, mit Ausnahme der reinen Rüstungsindustrie das deutsche Industriepotential möglichst wenig zu berühren — ein Standpunkt, der durchaus im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt, denn ohne die Wiedererrichtung der Industrie kann es keine beschäftigten Arbeiter und ohne diese wiederum keine kräftige deutsche Demokratie geben.

Mit dieser Haltung steht England freilich ziemlich allein, denn Amerika scheint aus Konkurrenzgründen, aber auch weil es das ganze Problem Deutschland gern ein für allemal erledigt hätte, die weitgehende Zerstörung der deutschen Industrie zu fördern. Rußland liegt in erster Linie an wichtigen Maschinen, aber es begrüßt auch sonst im Sinne des vorhin dargelegten Gedankenganges die Verlegung der Industrie von seinen Grenzen möglichst weit ins Innere. Frankreich läßt sich anscheinend nur von dem Gedanken an seine Sicherheit leiten, hinter dem alles andere zurücktritt — eine Einstellung, die nicht gerade viel Aussicht auf konstruktive Lösungen bietet. Wenn es in diesem Zusammenhang den deutschen Föderalismus propagiert und gegen den Einheitsstaat Stellung nimmt, so droht damit die ganze Frage auf ein verhängnisvolles Geleise geschoben zu werden. Bei der Einheit handelt es sich zunächst und vor allem um die *Verkehrseinheit* mit allen Voraussetzungen und Konsequenzen. Die Behauptung, Deutschland sei ein zentralistischer Einheitsstaat gewesen, trifft nicht einmal für das Dritte Reich zu, dessen Reichsreform vor den unzähligen Königreichen der «Reichsstatthalter» und Gauleiter nur allzu-rasch Halt machte. Der unvermeidliche Herr *Roepke*, der in all und jedem den unheilvollen Einfluß des Kollektivismus wittert, lobt jetzt in einem Artikel der «NZZ» den «Föderalismus» der Bayern über den grünen Klee — derselben Bayern, deren partikularistische Privilegien der Reichsregierung das Eingreifen gegen Adolf Hitler unmöglich gemacht haben. Zentralismus und Preußentum kann nur der gleichsetzen, der von deutscher Geschichte keine Ahnung hat oder sie fälschen will. Gerade Preußen, der Hort des Junkerfeudalismus, war das ärgste Hemmnis einer wirklichen Reichsreform, und Föderalismus in diesem Sinne hieße nichts anderes als die Wiederbelebung der ärgsten Reaktion. Denn die Sprengung der Verkehrseinheit, das Zurückgehen auf willkürlich zusammengeheiratete, gekaufte, geerbte oder annektierte Länderfetzen müßte jede Aussicht auf eine vernünftige Zukunft Deutschlands vernichten. Was Deutschland gefehlt hat, war nicht der Föderalismus, sondern die von allen feudalen Fesseln befreite *Selbstverwaltung* auf den untern Stufen; diese zu fördern, ist etwas ganz anderes, als das sinnlose Geschwätz über die Bayern, die heute am liebsten ihren König zurück hätten. Die Engländer

tun durchaus klug daran, sich auf die separatistischen Versuche der Franzosen nicht einzulassen; diese sollten eigentlich aus ihren Erfahrungen nach 1918 genug gelernt haben, als es ihnen nur gelang, sich die übelsten Subjekte zu kaufen, von denen übrigens merkwürdige Fäden zu Hitler und seinem Kreis führten.

Stehen in dieser Beziehung die englischen Verhandlungen noch in den Anfangsstadien, so hat Großbritannien in der

Palästinafrage

unzweifelhaft einen diplomatischen Erfolg erzielt. Wenn Truman glaubte, durch sein Begehren nach der Bewilligung der Einwanderung von 100 000 Juden der Labour-Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und sich einen billigen Triumph bei der Judenschaft zu verschaffen, so hat er sich darin geirrt. Er konnte sich der Aufforderung Englands nicht entziehen, sich an der Verantwortung zu beteiligen. Die Bildung einer gemeinsamen Kommission und die Veranstaltung einer gründlichen Untersuchung sind freilich nicht das, was das Problem erfordert. Augenblicklich handelt es sich darum, die Juden, die in Hitlers Konzentrationslagern eingesperrt waren und die aus leicht begreiflichen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen — die Pogrome in Krakau und der Slowakei beweisen, daß die Nazi keineswegs die einzigen Antisemiten sind —, aus den Lagern, in denen sie heute provisorisch untergebracht sind, in normale Verhältnisse überzuführen. Das, was not täte, wäre also rasche Hilfe und nicht eine Kommission. Wenn England glaubte, mit Rücksicht auf die Araber keine höhere Einwanderungsquote nach Palästina bewilligen zu können, so sollten die beiden Staaten vor allem trachten, diesen unglückseligen Menschen, die schon Jahre hinter dem Stacheldraht verbringen mußten und die mit jedem Monat weniger fähig werden, ins normale Leben zurückzufinden, in andern Ländern in Freiheit Arbeit zu verschaffen. Bei den Völkerwanderungen, die sich jetzt vollziehen, ist das eine keineswegs unlösbare Aufgabe. Es kann und soll hier das verwickelte Problem des Zionismus nicht erörtert, aber es muß doch die Vermutung ausgesprochen werden, daß Hitlers Massenabschlachtungen gerade jene Kreise des Judentums am härtesten betroffen haben, die bisher die stärkste Quote an Auswanderern gestellt haben. Es ist also durchaus möglich, daß in einigen Jahren der Drang zur Auswanderung nachläßt. Das Wichtigste ist also eine Lösung der gegenwärtig dringenden Fragen und nicht die Vorbereitung einer Dauerlösung, die vielleicht durch die Entwicklung selbst überholt ist, bis sich die beiden Regierungen über sie geeinigt haben.

Ganz still ist es in den letzten Tagen um die

englisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen

geworden. Es macht den Eindruck, als ob England dem Druck der Amerikaner nicht nachgeben wolle. Kredit könnte es wohl in beliebiger Höhe haben, aber das entspricht nicht seiner wirtschaftlichen Lage. Seine Zahlungsbilanz ist schon so stark belastet, daß es nicht noch weitere Zinszahlungen an das Ausland übernehmen kann; was England braucht, ist eine Übergangslösung. Erhält es die Hilfe Amerikas nicht, so muß es

trachten, seine eigenen Kräfte zu mobilisieren; das bedeutet Einschränkung der Einfuhren und beansprucht längere Zeit. Ein Eingreifen Amerikas könnte die auch für die Vereinigten Staaten selbst gefährliche Verringerung des Welthandels vermeiden und den Wiederaufbau abkürzen.

Wie immer auch die Entscheidung fällt, England hat sich in keiner Frage ins Schlepptau Amerikas begeben, sondern seine eigene Linie eingehalten. Das kam sehr deutlich in der Rede Attlees vor dem amerikanischen Kongreß zum Ausdruck; er vertrat den Standpunkt des englischen Sozialismus vor dieser rein kapitalistischen Versammlung in der ihm eigenen Weise — nicht mit blendenden Worten, aber eindringlich und aufrichtig. Von einer Schwächung der Außenpolitik durch die Labourregierung ist also keine Rede, im Gegenteil, sie führt heute, und die Konservativen sehen sich gezwungen, ihr zu folgen.

3. Die inneren Probleme der englischen Einflußsphäre

Anders steht es in der englischen Innenpolitik. Hier beginnen sich die Gegensätze zwischen Labour und den Konservativen schärfer abzuzeichnen. Noch sind es Geplänkel, da die Zeit für ein ausgearbeitetes Sozial- und Wirtschaftsprogramm zu kurz war, aber immerhin sind die Debatten über die Demobilisierung und die Wohnungsfrage schon ziemlich lebhaft gewesen. Das werden auch die beiden Probleme sein, die die englische Öffentlichkeit während der nächsten Jahre am meisten beschäftigen werden. Beide stehen untereinander und überdies mit der internationalen Lage in einem innigen Zusammenhang. Die Durchführung des Bauprogramms ist nicht zuletzt eine Frage der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte; deren Zahl wird durch das Ausmaß und das Tempo der Demobilisierung bestimmt, und diese wiederum hängt ab von der internationalen Lage. Fragen wie der Aufstand in Indonesien oder die Verzögerung des Friedensschlusses in Italien berühren also die Innenpolitik Englands sehr stark — ein Grund mehr für das Drängen Bevins nach Klärung.

Dasselbe gilt von den Kolonialproblemen, bei denen Indien den Kernpunkt bildet. Hier finden in nächster Zeit die Wahlen statt, die einen Überblick über die Parteienstärke verschaffen und die Weiterführung der Verhandlungen über den Plan zur Einführung der Selbstregierung bestimmen werden. Im Zusammenhang damit stehen die Verhandlungen über die künftige Gestaltung in Hinterindien, Malaya, Ceylon, aber auch die allgemeinen Fragen des Islams mit ihren Ausstrahlungen nach Ägypten und Palästina. Zieht man weiter in Betracht, daß das bisherige Band, das die Dominions an England knüpfte, nämlich die Kapitalverflechtung, eine ganz andere Bedeutung erlangt hat — England ist heute Schuldner und nicht mehr Gläubiger der Dominions —, so sieht man die ungeheure Größe der Probleme, die vor der Labour-Regierung stehen.

Diesen Raum gilt es zu organisieren. Dazu treten aber noch die Kolonialreiche Hollands und Belgiens, wahrscheinlich auch Portugals und vielleicht Frankreichs, die in die Planung einbezogen werden müssen. Hier liegen die größten Rohstoffquellen der Gegenwart, noch mehr der Zukunft; hier hat aber auch der Krieg neue Industrien und vor allem Verkehrswege geschaffen. Mächtige Einkaufs- und Verteilungsorganisationen

beherrschen monopolistisch die Produktion und die Verteilung wichtiger Erzeugnisse. Die Labourregierung hat die Absicht, sie in Organe einer Planwirtschaft umzuwandeln. Ebenso kann sie die Sterlingwährung, die in diesen Gebieten noch immer als die Grundlage des internationalen Warenaustausches gilt, als wirksames Mittel einer einheitlichen Wirtschaftspolitik verwenden.

Fast möchte es scheinen, als ob diesen weltumspannenden Organisationsplänen gegenüber die Bedeutung der Sozialisierung im Mutterland zurücktreten würde. Das wäre ein ganz falscher Eindruck. Noch ist England für diesen Teil der Welt die bedeutsamste Werkstatt — namentlich seit dem Fortfall Deutschlands —, aber mehr noch ist es Konsum-, Handels-, Finanz- und Schiffahrtszentrum. Nur wenn Englands Industrie planmäßig gelenkt wird, kann die Organisation der Weltwirtschaft gelingen. Das setzt voraus, daß auf weiten Gebieten das Profitinteresse durch das der Gemeinschaft ersetzt wird.

Hier macht sich nun die privatkapitalistische Erbschaft schmerzlich fühlbar. Was bisher an Nationalisierungsmaßnahmen angekündigt und durchgeführt worden ist, bringt eigentlich Englands Wirtschaft erst auf gleiche Linie mit den meisten kontinental-europäischen Staaten. Verstaatlichung der Bank von England, der großen Kabel- und Telegraphengesellschaften, der Eisenbahnen, der Versorgungsbetriebe für Gas und Elektrizität, des Autofernverkehrs, der Dockanlagen, bedeuten für England eine grundstürzende Neuerung, ist aber doch eigentlich erst der Ausgangspunkt einer wirklichen Planwirtschaft.

Gewiß wird die Nationalisierung der Bauwirtschaft und der Kohlengruben, zu denen wahrscheinlich noch die der Eisen- und Stahlindustrie kommen wird, schon einen wesentlichen Schritt darüber hinaus bedeuten, und auch die geplante Kreditlenkung im Wege der verstaatlichten Bank von England, die Steuerpolitik, die Lenkung der Landwirtschaft und die Handelsverträge mit den fremden Staaten, besonders mit den im Wiederaufbau befindlichen Staaten West- und Nordeuropas, stellen ein geeignetes Mittel zur Durchführung planwirtschaftlicher Ideen dar, aber man darf in der nächsten Zeit keine sensationellen Gesamtpläne nach Art der Vier- oder Fünfjahrespläne erwarten. Das entspricht nicht der englischen Methode des Vorgehens von Schritt zu Schritt, das auftretende Schwierigkeiten elastisch berücksichtigt, das aber deswegen das große Ziel keineswegs aus den Augen verliert.

Gewaltig sind die Aufgaben, die vor der Labour-Regierung stehen, gewaltig die Schwierigkeiten, die sich in der politischen Arena vor ihr auftürmen — aber die Zeit ist reif, und die bisherigen Schritte der Labour-Regierung beweisen, daß sie die Probleme herzhaft anzupacken versteht. Sie muß und wird sich der Tatsache bewußt sein, daß sie ihr Programm nur dann verwirklichen kann, wenn sie die äußerste Kühnheit mit der schärfsten Überlegung verbindet.